Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.

Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stad
Posen 1 Rthlr., fur ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 116. Dienstag den 22. Mai. 1849.

An die Bewohner des Großherzogthums Posen.

Bei den vielfachen Beweisen, welche unser König dem Lande gegeben hat, daß es sein ernstlicher redlicher Wille sei, seine Verheißungen zu erfüllen, ist es die Pflicht jedes ehrenwerthen Mannes, diesen zu vertrauen. Nichts destoweniger unterliegt es keinem Zweifel, daß eine verworfene Partei im Staate damit umgeht, Gesetz und Ordnung umzustürzen und daß die zu ihr gehörenden Personen sich schamlos der nichtswürdigsten Mittel bedienen, um die Massen aufzuregen.

Von dem gesunden Sinn des größeren Theils der Bewohner der Provinz läßt es sich nun zwar erwarten, daß sie sich mit Verachtung von solchen hochverrätherischen Aufwieglern abwenden werden, wohl aber könnte sich ein Theil der Bevölkerung von deren Vorspiegelungen zu Handlungen, welche für sie so wie für die ganze Provinz die traurigsten Folgen nach sich ziehen würden, verleiten lassen.

Die unterzeichneten obern Provinzial-Behörden halten es daher in dieser ernsten Zeit für ihre heiligste Pflicht, die Bewohner des Großherzogthums aufzufordern, sich ruhig in den Schranken der Gesetze zu verhalten und Alles, was zu Aufregungen Veranlassung geben könnte, zu vermeiden.

Sie halten sich aber auch zu der feierlichen Erklärung verpflichtet, daß, wenn sich wider alles Verhoffen Bethörte zu Ungesetzlichkeiten oder gar zu offenem Aufruhr verleiten lassen sollten, sie gegen diese ohne alle Rücksicht einschreiten werden, und daß diesmal vornehmlich ein strenges Gericht die Anstifter des Aufruhrs treffen würde, wozu das Gesetz vom 10. Mai c. den kommandirenden General nach Erklärung des Belagerungs-Zustandes das Recht ertheilt.

Posen, den 20. Mai 1849.

Der interimistisch kommandirende General
v. Brünneck.

Der Ober-Präsident
v. Beurmann.

Inland.

Berlin, den 20. Mai. Se. Hoheit der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz ist von Neu-Strelitz hier angekommen.

Der bei dem Kreisgerichte in Zielenzig angestellte Rechtsanwalt Hebicht ist zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. d. O. ernannt worden.

Se. Excellenz der General-Lieutenant und Direktor der Ober-Militair-Examinations-Kommission, von Selasinsky, ist von Frankfurt a. M., der General-Major und Inspekteur der 2ten Ingenieur-Inspektion, From, ist von Magdeburg, und Se. Excellenz der Königl. Sächsische Staats-Minister Behr, ist von Dresden hier angekommen. — Se. Excellenz der Ober-Präsident der Provinz Westfalen, Staats-Minister Flottwell, ist nach Königsberg i. Pr. abgereist.

Berlin den 19. Mai. Der hiesige Minister-Congreß hat so eben eine Vorlage als Entwurf einer zu octroyirenden Verfassung für Deutschland vollendet und dem Vernehmen nach an die auswärtigen betheiligten Regierungen abgesandt. Im Allgemeinen soll die Frankfurter Verfassung Grundlage geblieben, jedoch hinsichtlich des Wahlgesetzes, des Vetos und eines Staatsraths abgeändert sein. Das Veto bleibt suspensiv mit Ausschluß der Fragen, in welchen es sich um Verfassungs-Aenderungen handelt; hier soll es absolut sein. Der österreichische Gesandte soll ausdrücklich Befehl erhalten haben, an den Conferenzen Theil zu nehmen. Man hofft, daß, wenn auf diese Weise die deutschen Großmächte sich vereinigt haben, es leicht sein werde, auch die kleineren Regierungen zum Beitritt zu bewegen.

— Wie wir hören, haben sich die Bevollmächtigten Sachsens und Hannovers bereits mit der Verfassung einverstanden erklärt. Von den Bevollmächtigten Bayerns und Oesterreichs, welche nicht mit hinreichenden Vollmachten versehen waren, ist die Verfassung an ihre resp. Regierungen zur Unterzeichnung gesandt worden. Sie dürfte schon in der nächsten Woche publicirt werden.

— Die Deputation aus der Grafschaft Mark ist gestern Abend von hier wieder abgereist, nachdem sie von Sr. k. H. dem Prinzen von Preußen, jedoch nicht als Deputation, empfangen worden war und bei dem Minister-Präsidenten Gr. Brandenburg vergebens um eine offizielle Audienz bei Sr. Maj. dem König nachgesucht hatte.

— Ueber die Verhaftung Waldeck's theilt die „Allg. Z.-Corr." folgendes Nähere mit. Um 5 Uhr Nachmittags fuhren vor Waldeck's Wohnung, in der Dessauer Straße, zwei offene Droschken vor; ein Criminal-Commissarius, der Revier-Commissarius, zwei Constabler und zwei Gerichtsdiener traten in seine Wohnung. Der Criminal-Commissarius forderte Waldeck auf, gewisse Papiere auszuliefern. Waldeck erklärte, solche nicht zu besitzen. Auf Befehl des Commissarius rückten darauf Constabler den Sopha von der Wand, man öffnete vermöge mitgebrachter Instrumente ein verborgenes Wandschränkchen und bemächtigte sich der darin enthaltenen Papiere. Nachdem der Gefangene in die eine der Droschken gestiegen war, wurden in die andere zwei Koffer geladen, deren einer Waldeck's confiscirte Papiere enthielt. Bei dem Einsteigen in die Droschke bemerkte ihm Jemand aus der Begleitung, daß es nach der Stadtvogtei ginge, da die Hausvogtei aufgehoben sei. Waldeck antwortete, „wie sollte ich das nicht wissen, da ich selbst dazu beigetragen habe." Dem Gefangenen wurde in der Stadtvogtei das Gefängniß Nr. 90, in der s. g. Riesenburg des Gebäudes gelegen, angewiesen, worin er sich jetzt in Einzelhaft befindet. Ein anderer politischer Gefangener hatte so eben den Kerker geräumt, indem er nach Sachsen weiter transportirt wurde.

— Seit gestern circulirt das Gerücht, Jacoby sei auf der Rückkehr von Frankfurt, nachdem er das preußische Gebiet betreten, verhaftet worden. Jacoby hatte sich nach der Auflösung der zweiten Kammer nach Frankfurt begeben, jedoch die Aufforderung, an Stelle des ausgeschiedenen Hrn. v. Raumer in das Parlament zu treten, abgelehnt. Gegen Philipps soll ein Verhaftsbefehl gleichfalls vorliegen. Derselbe hatte in Begleitung der Abg. Dr. Knauth und Hildenhagen eine Rheinreise gemacht und ist gegenwärtig in Familienangelegenheiten in München. Dort lebt bekanntlich sein Bruder, der bekannte Ultramontane.

— In der Nacht zum 18. verstarb hierselbst der bekannte Sprachforscher Theodor Heinsius in dem Alter von beinahe 79 Jahren. Er war am 6. September 1770 geboren und seit 1794 Lehrer der deutschen Sprache an dem hiesigen Kloster-Gymnasium. Drei Jahre nach seinem Amtsjubelfest, im Jahre 1847, trat er in den wohlverdienten Ruhestand, während dessen er sich noch litterarisch beschäftigte.

Berlin, den 19. Mai. Nach einem heute eingegangenen amtlichen Berichte ist Iserlohn am 17ten d. M. Mittags, nach kurzem Widerstande, in den Besitz der Truppen gekommen. Der Marsch derselben bis zur Sadtt fand kein Hinderniß. Erst als die Truppen die Stadt betreten hatten, wurde von den Aufrührern das Feuer auf sie eröffnet. Der hierauf erfolgte Kampf in den Straßen hat nur kurze Zeit gedauert und mehreren Aufrührern, leider aber auch der Armee ein sehr beklagenswerthes Opfer gekostet, indem der Commandeur des Füsilier-Bataillons des 24sten Infanterie Regiments, Oberst-Lieutenant Schrötter, an einer Schußwunde in der Brust geblieben ist.

— Das Preußische Armeecorps, welches in der Rheinprovinz zusammengezogen wird, dürfte sich auf 60,000 Mann belaufen.

Berlin den 19. Mai. Wir wünschen aufrichtig, daß mit Beilegung der Wirren in Elberfeld und Iserlohn die Bewegung im protestantischen Westphalen — das katholische hat sich bisher durch den Einfluß der urplötzlich Preußisch gesinnten (?!) Pius-Vereine ruhig verhalten — beendigt sei; aber wir bezweifeln es, denn der Charakter des Westphalen ist ein zu schwer beweglicher und zu hartnäckiger, als daß er, wenn er einmal, was schwer hält, für eine Idee begeistert ist, so bald davon ablassen sollte. Wir fürchten im Gegentheile, daß die Bewegung, welche in den offenen Städten sich nicht halten konnte, in die Berge und hinter die Camp-hecken sich ziehen und dort sich festsetzen wird, um so mehr, als gerade dieser Theil Westphalens, weder ein Proletariat, noch einen Stand großer Besitzer, sondern nur Mittel- und kleine Besitzer hat und Arbeiter, die mit ihren Brodgebern zu einer Familie verwachsen sind. Dazu darf man annehmen, daß die Bewegung nicht durch republikanische oder communistische Emissäre hervorgerufen ist, denn diese Herren sind einestheils zu dumm, anderntheils dort zu verhaßt, um unter diesen kalt verständigen und treuherzigen Männern der rothen Erde einen Einfluß gewinnen zu können. Die Bewegung in der Grafschaft Mark ist eine reine und darum ist jeder Blutstropfen zu beklagen, der dort vergossen wird. Die Geschichte wird dereinst ein gerechtes Urtheil fällen, aber die Gegenwart und die Männer, welche leider gezwungen sind, dagegen einzuschreiten, werden das dort geopferte Blut mit dem in Dresden, in der Pfalz und in Baden geflossenen zusammenwerfen. Man vergesse nicht: Es sind dieselben Männer, welche 1806, als für Preußen alles verloren war, einzig allein den Muth hatten, den König zu bitten, in ihre Mitte zu kommen; sie wollten ihn retten!

Das Ausbleiben (?) des neuen Wahlgesetzes giebt hier zu allerlei Besorgnissen und Befürchtungen Anlaß, namentlich daß die Neu-Wahlen überhaupt über die gesetzlich vorgeschriebene Zeit würden hinausgeschoben werden.

Vorgestern fand die zweite General-Versammlung des Treubunds für König und Vaterland im Saale des Gesellschaftshauses statt. Es ließen sich hierbei auch unter andern der Prof. Keller und Dr. Andr. Sommer vernehmen. Es ist zu beklagen, daß zu Werbeoffizieren für diesen Verein Leute benutzt werden, deren moralischer Ruf ein sehr zweideutiger ist, z. B. Edelleute, vor deren Namen das von von Rechtswegen mit einem Fragezeichen versehen werden muß 2c.

Die Patriotischen- und Preußen-Vereine haben eine Adresse an das Ministerium vorbereitet, in welcher demselben der Dank dafür ausgesprochen wird, daß es der Reichsverfassung entgegen getreten sei, in dem dieselbe zur Schreckensherrschaft der rothen Republick führe 2c. Heut ist das Anklammer Landwehrbataillon hier eingerückt. Das Verbot der National-Zeitung möchte sich als sehr unzweckmäßig erweisen, indem die Neue Rheinische Zeitung überall an Stelle der ersteren tritt.

— Waldeck hat vorgestern (Himmelfahrtstag) mehrere Stunden lang und gestern wiederum während des ganzen Vormittags Verhör vor dem Untersuchungsrichter, Kriminalrath Schlötke, gehabt. Waldeck sieht angegriffen aus, trägt seine Gefangenschaft aber sonst mit Ruhe und Festigkeit. Ueber das Nähere der gegen ihn erhobenen Hochverraths-Beschuldigung verlautet noch immer nichts mit einiger Sicherheit. Dem Verhöre wohnt der Regierungsrath Lüdemann, wie es scheint, im Auftrage der Polizei bei.

— Heute wird der Abgeordnete d'Ester und ein Handlungsdiener Ohm, beide wegen Hochverraths, vom Untersuchungsrichter mit Steckbriefen verfolgt. Ob diese Verfolgungen mit Waldeck's Verhaftung in Verbindung stehen, weiß man zwar nicht, doch gewinnt es fast so den Anschein.

— Gestern Nachmittag wurde der Geheime Ober-Tribunalsrath Herr Waldeck verhaftet. Den Grund dieser Maßregel gegen Waldeck weiß man noch nicht genau, doch soll er in einer Korrespondenz zu suchen sein, die der Genannte mit dem Mitgliede der Sächsischen provisorischen Regierung, Regierungsrath Todt, geführt hätte, und welche bei dem Russen Bakunin in Dresden aufgefunden wäre. Der Kriminal Kommissarius habe ihm, heißt es, die allgemeine Bemerkung gemacht, daß seine Verhaftung von außen veranlaßt worden. Auch soll das Staatsministerium seine Zustimmung zu dieser Maßregel nicht haben geben wollen, der Staatsanwalt als selbstständiger Ankläger aber darauf bestanden sein. — (Nach spätern Berichten ist nach 24 Stunden die Freilassung wieder erfolgt, weil das Appellationsgericht die Ausfertigung eines schriftlichen Verhaftbefehls verweigerte.

Elberfeld, den 17. Mai. Unser Aufstand ist wie ein Nebel verschwunden. Die Bürger und Landwehr haben das Rathhaus und alle Wachtposten besetzt, und die Zuzüge sind aus der Stadt entfernt. Man arbeitet überall an Beseitigung der Barrikaden. Diese plötzliche Veränderung ist den Berichten der von Berlin zurückgekehrten Deputation der Herren Dr. Pagenstecher, Landgerichts-Präsident Philippi und Simons-Köhler zuzuschreiben. Gestern Abend gegen 6 Uhr langten diese Herren hier wieder an und begaben sich in eine Bürger-Versammlung, die bei dem Chef der Bürgerwehr, Herrn van Poppel, stattfand. Die Mittheilungen der Deputation übten einen beruhigenden Einfluß auf die Bürgerschaft aus, so daß der Aufstand alsbald jeden Stütz- und Haltpunkt im Volke verlor; Bürger- und Landwehr vereinigten sich in der Ueberzeugung, daß kein vernünftiger Grund zur Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes mehr vorhanden sei, und beschlossen, demselben ein Ende zu machen. Die Landwehr vereinigte sich mit der Bürgerwehr, und beide bezogen zur Ausführung dieses Enschlusses gemeinschaftlich die Wachtposten. Die Wachen wurden deshalb doppelt besetzt, und die Bürgerwehr und Landwehr rückten sämmtlich nach ihren Standquartieren, und namentlich nach dem neben dem Rathhause gelegenen. Eine Maßregel des Sicherheits-Ausschusses beschleunigte die Ausführung des Entschlusses der Bürgerwehr; zwischen 11 und 12 Uhr ließ er nämlich den Herrn Daniel von der Heydt zum Rathhause entbieten und denselben mit Bewaffneten dahin holen. Sobald dies bekannt wurde, rückten alle Sectionen der Bürger- und Landwehr aus den verschiedenen Standquartieren der Stadt gegen das Rathhaus und umstellten dasselbe. Auf dem Rathhause wurden inzwischen Verhandlungen zwischen dem Sicherheits-Ausschusse und mehreren Stadträthen und Chefs der Bürgerwehr gepflogen, deren Abschluß durch die entschiedene und entschlossene Haltung der bewaffneten Bürgerschaft rasch herbeigeführt wurde. Der Sicherheits-Ausschuß löste sich auf. Herr von Mirbach, der Ober-Commandeur der Elberfelder Kriegsmacht, entfernte sich allein, und ihm folgten bald die Zuzüge und die anderen bewaffneten Corps, welche sich zur Vertheidigung der Stadt gegen die Angriffe des Militärs gebildet hatten. Mit denselben sollen sich einige Mitglieder des Sicherheits-Ausschusses entfernt haben, andere, sagt man, träfen Anstalt, die Stadt zu verlassen. Gestern wurde noch stark an den Barrikaden gearbeitet; besonders ward eine Riesen-Barrikade, welche den Eingang des Neumarktes vom Rathhause aus vertheidigen sollte, aus Pflastersteinen erbaut; eine andere, aus demselben Materiale aufgethürmt, ward queer durch die Wallstraße am Rathhause gelegt. In diesem Augenblick wird überall an der Abtragung der Verhaue gearbeitet, und man hofft, daß diesen Nachmittag der Straßenverkehr wieder ohne alle Hindernisse stattfinden werde.

Essen, 14. Mai. Der Oberst-Lieutenant Heuseler, welcher Stadt und Umgegend heute in Belagerungszustand erklärte, ordnet für die öffentlichen Blätter „die Censur der Militärbehörde" an.

Hamburg, den 17. Mai. Aus glaubwürdiger Quelle vernehmen wir, daß der Generaladjutant des Königs von Preußen, General v. Neumann, vor einigen Tagen in einer die Friedensunterhandlungen mit Dänemark betreffenden Mission über Wismar nach Kopenhagen abgegangen ist.

Aus Nord-Schleswig, den 16. Mai. Eine Stafette, ein Preußischer und ein Sächsischer Courier sind in diesen Tagen ins

Hauptquartier geeilt. Was sie gebracht ist zwar noch nicht bekannt, doch hat der Preußische Courier etwas von einem bald zu erwartenden Frieden verlauten lassen.

— Während jetzt Ripen definitiv von Reichstruppen besetzt worden, senden die Einwohner von Fridericia eine Deputation nach der anderen an den General Bonin, mit der Bitte, ihre Stadt zu schonen.

Rendsburg, den 15. Mai. Die Vorarbeiten für die Belagerung Fridericia's schreiten rüstig vor. Am 13. d. machten die Dänen einen Ausfall aus der Festung, wie es schien, um die Schanzarbeiten zu unterbrechen und die fertig gewordenen Schanzen zu zerstören. Nach einem vierstündigen ziemlich heftigen Gefechte mit der 2. Schleswig-Holsteinischen 6pfündigen Batterie unter Hauptmann Feldmann mußten sie sich hinter die Wälle zurückziehen.

Frankfurt a. M., den 15. Mai. 220ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Die Sitzung wird um $11\frac{1}{4}$ Uhr durch den ersten Vice-Präsidentsn Biedermann eröffnet. Eingelaufen sind ein Flottenbeitrag und viele Zustimmungs-Adressen aus Hannover, Sachsen, Preußen.

Der Vorsitzende Reh, welcher auf dem Bureau erscheint, theilt hierauf der Versammlung mit, daß er so eben von Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzoge Reichsverweser komme, welcher ihm eröffnet, daß er eine weitere telegraphische Depesche aus Berlin erhalten habe, welche ihm melde, daß am 14. d. M. Abends der K. Kommissair Berlin verlassen habe, also bis morgen Mittag längstens eintreffen werde. Der Reichsverweser habe gefragt, ob sich wohl die Nationalversammlung bestimmen lassen könne, die Ankunft desselben abzuwarten. (Nein links.) Der Vorsitzende habe hierauf erklärt, daß er dies nicht im Namen der Versammlung beantworten könne und sodann Se. Kaiserliche Hoheit gefragt, ob er nicht in der jetzigen dringlichen Lage des Vaterlandes das ihm vorgelegte bekannte Programm anerkennen und diejenigen Männer wieder mit der Regierung betrauen wolle, welche sich des Zutrauens der Mehrheit der Nation erfreuten. Se. Kaiserliche Hoheit habe erklärt, er erkenne die dringliche Lage des Vaterlandes nur zu sehr an und werde wohl morgen in der Lage sein, eine genauere Antwort zu ertheilen. Se. Kaiserl. Hoheit äußerte sich: Niemand kann die Lage des Vaterlandes tiefer fühlen, als ich; was ich dazu thun kann, die Lage zu verbessern, das wird geschehen. Er versicherte den Vorsitzenden, daß er nicht nur keinen Angriff auf die Versammlung zugeben, sondern daß er nöthigenfalls sein Leben einsetzen werde, um dieselbe zu schützen. (Großer Beifall).

Abg. Arndt benutzt die Gelegenheit, um den Vorzügen und den Verdiensten Sr. Kaiserl. Hoheit die gebührende Anerkennung zu zollen und einige Reden zu tadeln, welche seit Kurzem gegen denselben hier gehalten worden. Er befürwortet den Wunsch des Reichsverwesers. (Beifall; zeitweilige Unterbrechungen von der linken Seite). Abg. Wigard, der das Wort erhält, meint, der Preußische Bevollmächtigte hat sich in unsere Angelegenheiten gar nicht zu mischen, und stellt den Antrag: die Nationalversammlung beschließe, in Erwägung, daß sie nicht zugeben kann, daß die Bildung eines Reichsministeriums von den Instruktionen eines Preußischen Kommissairs abhängig gemacht werden könne, sofort eine Deputation an den Reichsverweser zu senden, um ihn zu veranlassen, noch heute ohne Berücksichtigung des Preuß. Bevollmächtigten zur Bildung eines neuen Ministerius zu schreiten. Abgeordneter Bresgen beantragt, die Nationalversammlung beschließe, aus den regierenden Fürsten, welche die Verfassung anerkannt haben, einen Reichsstatthalter mit absoluter Stimmenmehrheit zu wählen, und bis zur absoluten Uebernahme durch denselben werde eine Reichs-Regentschaft von 5 Mitgliedern gebildet, welche vor der Nationalversammlung den Eid auf die Verfassung zu leisten haben. Die Nationalversammlung bleibt permanent bis zum Zusammentritte eines neuen Reichstages. Dem Antrage des Abgeordneten Bresgen wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt, er wird an den Dreißiger-Ausschuß verwiesen. Abgeordneter Biedermann und Genossen haben einen Antrag in ähnlicher Richtung wie der des Abgeordneten Bresgen eingereicht; derselbe lautet:

1) Die Versammlung wählt sofort, wo möglich aus der Reihe der regierenden Fürsten, einen Reichs-Statthalter, welcher bis zu dem im Beschlusse vom 4. Mai (Nr. 5 und 6) vorgesehenen Zeitpunkte die Rechte und Pflichten des Reichs-Oberhauptes nach Abschnitt III. der Verfassung ausübt. 2) Der Reichsstatthalter leistet den in §. 190 der Verfassung vorgeschriebenen Eid auf die Reichsverfassung vor der verfassunggebenden Reichsversammlung und tritt dann die Regierung an. 3) Der Reichsstatthalter hat sofort nach Antritt der Regierung wegen Leistung des in den §§. 191 und 193 vorgeschriebenen Eides der Reichsbeamten und der Angehörigen der Einzelstaaten auf die Reichsverfassung das Nöthige zu verfügen. 4) Er hat ferner wegen Vollziehung der Wahlen zum ersten Reichstage und Berufung des Reichstages, in Gemäßheit der Beschlüsse vom 4. Mai (Nr. 2 und 3) Vorkehrung zu treffen. 5) Zur Ausführung der §§. 77 ff., 85 ff. der Verfassung tritt, bis zur Zusammenkunft des ersten Reichstags, die gegenwärtige Versammlung in alle Rechte und Pflichten des Reichstags ein und übt solche nach Maßgabe des Abschnitts 4, Art. 5, 6, 7, 8, 9 der Reichsverfassung. Ausgenommen hiervon ist die Bestimmung wegen der beschlußfähigen Mitgliederzahl, rücksichtlich welcher es bei dem Beschlusse vom . April verbleibt. 5) Sollten der in Nr. 5 und 6 der Beschlüsse vom 4. Mai vorgesehenen Uebertragung der Oberhauptswürde auf den Monarchen des größten oder eines der nächstgrößten Staaten Deutschlands nicht zu beseitigende Hindernisse im Wege stehen, so führt der gewählte Reichsstatthalter sein Amt auch nach dem Zusammentritt des Reichstages fort, und es hat sodann Letzterer wegen Ausführung des §. 79 der Verfassung die nöthigen Bestimmungen zu treffen. 7) Bis zum Regierungs-Antritt des gewählten Reichsstatthalters führt der Präsident des bisherigen Reichsministeriums, Heinrich von Gagern, die Regierung im Namen desselben selbstständig fort und wird demselben die Bildung eines Ministeriums unter seiner Verantwortlichkeit anheimgegeben. 8) Mit dem Vollzuge dieses Beschlusses, als wodurch das Verfassungswerk in Deutschland zu seiner Ausführung gebracht wird, hört, gemäß dem Gesetze vom 28. Juni 1848 §. 15 die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt auf, und es gehen deren Befugnisse in dem erweiterten Umfange, wie solches der Abschnitt „die Reichsgewalt" bestimmt, auf den Reichsstatthalter über."

Ferner stellt der Abgeordnete Schneer den Antrag: „In Erwägung 2c. beschließt die Nationalversammlung in Uebereinstimmung mit ihren Beschlüssen vom 4. Mai d. J. und in Vervollständigung derselben:

1) Dem Inhaber der provisorischen Centralgewalt wird neben der provisorischen Centralgewalt, nach dem Gesetze vom 28. Juni 1848 für die gesammten Deutschen Lande, die Gewalt des Reichsoberhauptes nach den Bestimmungen der Reichsverfassung für diejenigen Deutschen Staaten provisorisch übertragen, welche die Verfassung bereits anerkannt haben.

2) Der Inhaber der provisorischen Centralgewalt beginnt die Reichsregierung über die ad 1 näher bezeichneten Staaten, sobald er sich auf die Verfassung unter Bezugnahme auf gegenwärtige Beschlüsse vor der Nationalversammlung verpflichtet hat.

3) Sobald die nach dem Beschlusse vom 4. Mai d. J. im Monat August d. J. zu konstituirende Reichsregierung bestellt sein wird, legt der Inhaber der provisorischen Centralgewalt die provisorische Gewalt des Reichsoberhaupts für die in der Verfassung stehenden Staaten nieder."

Beide Anträge gehen an den Ausschuß. Dem Antrage des Abg. Wigard wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt und derselbe als erledigt beseitigt.

Abg. Raveaux bringt einen Bericht des Dreißiger-Ausschusses über einen vom Abg. Umbscheiden gestellten Antrag, die Bewegung der Pfalz unter den Schutz des Reichs zu stellen und die Centralgewalt aufzufordern, einen Reichs-Kommissär dahin abzusenden, um für die Reichs-Verfassung zu wirken. Der Ausschuß erkennt die Dringlichkeit des Antrags des Abgeordneten Umbscheiden an, er wünscht den Bericht des Reichs-Kommissärs Eisenstuck und die Eröffnungen des interimistischen Reichs-Ministeriums zu vernehmen und behält sich seine Anträge vor. Dem Wunsche des Herrn Eisenstuck, jetzt über seine Sendung Bericht zu erstatten, wird von der Versammlung nicht entsprochen. Abg. Raveaux stellt den Antrag, die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen. Bis dahin sollte der Ausschuß Bericht erstatten. Abg. Langerfeld will, daß man die Sitzung bis 4 Uhr vertage. Der letztere Antrag wird angenommen und somit die Sitzung bis 4 Uhr vertagt. Schluß der Sitzung $12\frac{3}{4}$ Uhr.

Frankfurt, 16. Mai. Das neue Reichsministerium ist denn endlich zu Stande gekommen und in der Paulskirche proklamirt worden. Der Geh. Justizrath Dr. Graevell aus Frankfurt a. d. Oder, ein hochbejahrter Beamte, ist Reichsminister des Innern und interimistischer Präsident des Ministerrathes geworden; das Portefeuille des Aeußern erhielt der General Lieutenant Jochmus, ein geborner Hamburger, der als Chef des Generalstabs im Heere der Königin von Spanien, später aber in der Türkei gedient hat, und seit seinem Austritte aus diesem Dienste mit größeren europäischen Kabinetten einflußreiche Verbindungen unterhalten soll. Die Reichstags Abgeordneten Ernst Merk aus Hamburg und Detmold aus Hannover, der vorzugsweise konservativen Seite der Paulskirche angehörend, erhielten Ersterer das Portefeuille der Finanzen, Letzterer das der Justiz nebst einstweiliger Ober Aufsicht über die Geschäftsführung des Handels-Ministeriums. Der zwar bereits ernannte, aber, als zur Zeit hier noch nicht anwesend, noch nicht proklamirte Kriegsminister ist, dem Vernehmen nach, Fürst Wittgenstein aus Darmstadt, bis zu dessen Ankunft die Departements-Chefs General Eberle und Obrist Stavenhagen die Geschäfte fortführen. Kein einziger Unter-Staatssekretair des abgetretenen Ministeriums ist in das neue hinübergetreten.

Frankfurt, 17. Mai. Das Programm des Ministeriums Grävell lautet wie folgt:

1) Die Errichtung des Verfassungswerkes ist durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 von der Thätigkeit der Centralgewalt ausgeschlossen. Schon aus diesem Grunde hält die Centralgewalt eine Wirksamkeit behufs Durchführung der Verfassung für außerhalb ihrer Befugnisse und Pflichten liegend. Wie sie jedoch einerseits gern bereit ist, eine Anerkennung der Verfassung bei den Regierungen zu vermitteln, so erachtet sie es andererseits als durch die ihrer Obhut anvertraute Wohlfahrt und Sicherheit Deutschlands geboten, allen ungesetzlichen und gewaltsamen Bewegungen, welche die Durchführung der Verfassung zum Vorwand oder Anlaß haben, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten, sobald die Hülfe und Vermittelung der Centralgewalt von der betreffenden Regierung nachgesucht wird.

2) Wie die Centralgewalt innerhalb der ihr durch das Ges vom 28. Juni 1848 angewiesenen Kompetenz von der der Reichsversammlung zustehenden Errichtung des Verfassungswerks sich durchaus fern gehalten hat und ferner zu halten entschlossen ist, also erachtet sie es auch als eine Pflicht, die ihr ausschließlich zustehende Regierungsgewalt vor jeder Einmischung zu bewahren, und jeden Eingriff in dieselbe zurückzuweisen.

Frankfurt, 17. Mai. In der heute Nachmittag um 4 Uhr anberaumten außerordentlichen Sitzung der National-Versammlung verlas der Präsident ein Schreiben des Reichsverwesers, in welchem derselbe die Ernennung des neuen Ministeriums amtlich anzeigt, nur der Kriegsminister ist noch nicht namhaft gemacht, obgleich seine Ernennung gewiß, weil er noch nicht eingetroffen ist und angenommen hat; sodann unter tiefem Schweigen das Programm des Ministeriums. Sofort wurden dann verschiedene dringliche Anträge gestellt, welche einestheils die National Versammlung aufforderten, auszusprechen, daß das neue Ministerium das Vertrauen des Hauses nicht besitze, und nicht die mindeste Hoffnung hegen dürfe, es je zu erlangen, anderntheils eine Deputation an den Reichsverweser abzusenden und geradezu die Bildung eines Ministeriums zu verlangen, welches zur Durchführung der Reichsverfassung bereit sei. Allen diesen Anträgen wurde die Dringlichkeit zugestanden.

— Nachrichten aus dem Badischen, welche heute hier umliefen, zufolge, ist General Hoffmann, der, wie wir heute morgen gemeldet, mit einem Artilleriepark bei Ladenburg sich hielt, von dem Landsturm angehalten, festgenommen und sein Geschütz nach Karlsruhe gebracht wurden.

Dresden, den 16. Mai. Um ein Bild von dem Terrorismus zu erhalten, welchen die provisorische Regierung während der wenigen Tage ihres Bestehens ausübte, braucht man nur auf die zahlreichen Verhaftungen aufmerksam zu machen, die von ihr ausgingen. Das Dresdener Journal führt 77 Personen namentlich an, aus allen Ständen, von dem Dienstmädchen bis zum Prinzen (denn auch ein Prinz von Anhalt-Dessau befindet sich darunter), welche theils in der Frohnfeste, theils im Polizeihause gefangen gehalten wurden.

— Dem Theaterpersonal ist vorlängst, von Tichatscheck und der Devrient bis zum Souffleur herab, gekündigt, so daß zu Michaelis d. J. sämmtliche Kontrakte der hiesigen Hofsänger und Schauspieler als erledigt anzusehen sind.

— Gestern Abend wurden wieder mehrere Wagen Gefangene eingebracht. Statt des Advokat Heintz, der, so viel wir wissen, nicht verhaftet ist, ist Dr. Hirschel zu nennen. — Auch der vormalige Abgeordnete Seltmann, welcher den in Pirna unternommenen Angriff auf das nach Königsstein bestimmte Dampfschiff geleitet haben soll, ist neuerdings verhaftet worden. — Ins Erzgebirge und Voigtland, wo vielen Behörden zur Vornahme von Arreturen die Macht fehlt, sind bedeutende Truppenabtheilungen abgegangen

Dresden den 18. Mai. Das Justizministerium hat beschlossen, daß das Verbrechen des Aufstandes nicht öffentlich und mündlich verhandelt, nicht vor die Geschworenen gebracht werde. Die reiche Fürstenfamilie Czartoryski ist ebenfalls ausgewiesen worden. Der preußische und französische Gesandte haben für Einige sich verwendet, sind jedoch, als sie das Verlangen des Militairoberkommando, Garantie für die Ausgewiesenen zu leisten, abgelehnt gehabt, von der Verwendung zurückgegangen. Der hiesige Stadtrath hat zur Deckung der auf Veranlassung des Aufstandes hier vorgekommenen Vermögenschäden auf Beschlag des Vermögens einiger wegen Theilnahme an dem Aufstande Angeschuldigter bei der Behörde angetragen, ist jedoch von dieser abgewiesen worden, wovon wir indeß die Gründe nicht kennen.

— Der Direktor des Ministeriums des Innern, Bohn, ist Minister der Finanzen geworden. Der Ministerpräsident Dr. Zschinski ist von der Festung Königsstein zurückgekehrt. Der König ist noch dort, will in nächsten Tagen hier sein und, vielleicht am 18. seinem Geburtstage, Revue über das ganze Militair halten. Die Sächsische Kavallerie geht in diesen Tagen von Dresden weg, um in dem ganzen Lande verbreitet zu werden. Todt und Tschirner sind in Frankfurt a. M. angekommen. (D. R.)

Stuttgart, den 16. Mai. Das Kriegs-Ministerium hat nachstehende Bekanntmachung erlassen: „Zufolge eines Erlasses der Centralgewalt sollen das erste Kontingent und die Reserve des Königl. Armee-Corps Angesichts der den Reichsfrieden und die öffentliche Sicherheit in hohem Grade bedrohenden Zustände alsbald für den Reichsdienst unter Waffen gestellt werden. Demzufolge ist das Königl. Kriegs-Ministerium genöthigt, eine ausgedehnte Einberufung der Beurlaubten der Infanterie und eines Theils der Spezialwaffen anzuordnen. Indem man dieses hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringt, wird noch angefügt, daß die namentlichen Einberufungen auf dem gewohnten Wege durch die Regiments-Kommando's geschehen werden. Man versieht sich zu dem treuen und gesetzlichen Sinn der Militärs und der Orts-Behörden, daß den erlassenen Befehlen schleunige und pünktliche Folge geleistet werde.

Kriegs-Ministerium."

Freiburg, den 14. Mai, Morgens 8. Uhr. In Folge eines gestern bei der Soldaten-Versammlung gefaßten Beschlusses haben die hiesigen Soldaten des 2. Regiments ihre sämmtlichen Offiziere für entlassen erklärt, und auf heute Mittag 12 Uhr eine Offizierwahl aus sich selbst angekündigt. Dem an sie ergangenen Befehle, heute von hier nach dem Oberlande abzumarschiren haben sie keine Folge geleistet; einige in der Nähe stationirte Compagnieen des 1. Regiments sind diesem Beispiel gefolgt, haben ebenfalls ihren Offizieren den Gehorsam gekündigt, und sind so eben mit der Fahne des Regiments hier eingerückt, ohne Offiziere, um der hiesigen Garnison für den Fall, daß man sie gewaltsam zum Abmarsch zwingen wollte, beizustehen. Die Fahne des hiesigen Regiments befindet sich noch auf der Commandantur; der Stadt-Commandant soll plötzlich abgereist sein und sich nach Straßburg begeben haben. 9 Uhr. So eben wird von der hiesigen Garnison Generalmarsch geschlagen; es heißt, es sei würtembergisches Militär im Anmarsch; für den Fall, daß dasselbe unser Militär zum Gehorsam zwingen wollte, ist dasselbe zum Widerstande entschlossen, und rückt deshalb so eben aus. Es herrscht große Aufregung in der Stadt.

4 Uhr Nachmittags. Der Königl. Würtembergische General Lieutenant v. Müller, welcher gestern in der Nähe der Stadt sich befand, hat einen Parlamentär der badischen Truppen empfangen, der ihm die Bedingungen, unter welchen sie sich dem Befehle der Offiziere unterwerfen, mitgetheilt. Der General forderte jedoch unbedingte Unterwerfung. Nach mehrmaligen Hin- und Herparlamentiren hat der General v. Müller den Badischen Truppen eine Bedenkzeit bis morgen (15.) Mittag gegeben, um sich zu unterwerfen, widrigenfalls der Angriff auf die Stadt erfolgen werde. — So eben findet eine Bürger-Versammlung statt, worin über die gefahrvolle Lage, in der sich die Stadt befindet, berathen wird. Arbeiter, Studenten, Bürger — Alles wird bewaffnet. — Von allen Seiten erhalten unsere widerspenstigen Soldaten Zuzug von anderen badischen Truppen. — Der Sicherheitsausschuß ist permanent erklärt und befindet sich seit 24 Stunden in ununterbrochener Thätigkeit. — Viele Familien verlassen bereits die Stadt, andere schikken sich ebenfalls dazu an. — 5 Uhr. So eben marschiren die heute eingetroffenen Compagnien des ersten Regiments auf Befehl der provisorischen Regierung von hier ab nach Rastatt, woselbst die Soldaten die ganze Gewalt in Händen haben. — Die in der Soldaten-Versammlung gefaßten Beschlüsse sind folgende: 1) Be-

eidigung der Offiziere und Soldaten auf die deutsche Reichs-Verfassung, wie sie aus den Beschlüssen der National-Versammlung hervorgegangen ist. 2) Unbedingte Amnestie für alle Soldaten, welche auf Seiten des Volkes stehen, wofür General v. Gayling sein Ehrenwort verpfänden muß. 3) Freie Wahl der Vorstände durch Wahlmänner aus einzelnen Compagnieen. 4) Anerkennung der Beschlüsse der Offenburger Volks-Versammlung vom 13. Mai. 5) Freie Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte, ungehindert der militärischen Disciplin. 6) General v. Gayling hat dafür zu haften, daß der Würtemb. General von Müller nicht in Freiburg einrückt.

Freiburg, 15. Mai, Morgens 7 Uhr. General v. Miller hat erklärt, wenn sämmtliche hier befindlichen Truppen von hier wegziehen, die Stadt nicht zu besetzen. In Folge dessen sind denn wirklich so eben sämmtliche Truppen nebst zwei Batterieen Artillerie und den Offizieren von hier abmarschirt. — Mittags. Im Laufe des Vormittags sind mehrere politische Gefangene befreit worden. — Freiherr v. Marschall hat seine Stelle als Regierungs-Direktor des Oberrhein-Kreises niedergelegt. In Folge dessen ist Dr. C. v. Rotteck (Ober-Gerichts-Advokat dahier) von der provisorischen Regierung in Karlsruhe interimistisch zum Regierungs-Direktor ernannt worden. Zugleich hat Hr. v. Rotteck von der provisorischen Regierung die Weisung erhalten, sämmtliche Staats- und Gemeinde-Beamten des Oberrhein-Kreises auf die deutsche Verfassung zu beeidigen. Es wurde deshalb auf Nachmittags eine Versammlung derselben festgesetzt, in welcher sich die Gemeinde-Beamten alle für die Beeidigung erklärt haben, die Staats-Beamten jedoch zur vorherigen Berathschlagung eine Bedenkzeit bis morgen sich erbeten haben. — Nachmittags 5 Uhr. So eben ist die Bürgerschaft auf die deutsche Verfassung beeidigt worden. Morgen früh werden 3 Bataillone badischer Truppen hier eintreffen, um ebenfalls den Eid auf die deutsche Verfassung zu leisten. — Peter und Fickler, zwei Mitglieeder der provisorischen Regierung in Karlsruhe sind diesen Nachmittag hier eingetroffen, jedoch nach kurzem Aufenthalt wieder abgereist.

Wien, den 16. Mai. Die an der gestrigen Börse verbreitete Nachricht von der Besetzung Raab's durch die k. k. Truppen, und daß in Tyrnau bereits 18,000 Russen unter General Rüdiger eingerückt seien, hat sich nicht bestätigt. Nach Briefen aus Wieselburg ist vielmehr Raab noch in den Händen der Ungarn. Auch war die Kommunikation zwischen beiden Städten unterbrochen. — Ueber das Schicksal Ofen's ist man noch immer im Dunkeln; ein verbreitetes Gerücht, daß es dennoch in die Hände der Ungarn, jedoch mit einem Opfer von 3000 Mann gefallen sei, bedarf gar sehr der Bestätigung. — Nach dem „Lloyd" beträgt die Gesammtsumme der durch Galizien an den verschiedenen Punkten einrückenden russischen Truppen 128,000 Mann mit 20,850 Pferden, wogegen uns verläßliche Privatmittheilungen aus Brody vom 11. d. dieselbe nur auf 52,000 Mann angeben. — Von Mestre aus hat der Commandirende, FML. Haynau, den engl. und franz. Consul in Venedig aufgefordert, die Befehlshaber der Schiffe ihrer Nationen aufzufordern, die Gewässer von Venedig mit ihren Kriegsschiffen bis zum 20. d. zu verlassen, da jetzt, wo die Blokade Venedig's sich in einen Belagerungszustand verwandelt, die Anwesenheit fremder Schiffe nicht gestattet werden könne. Zugleich ersucht er sie, die betreffende Note auch den Consuln der übrigen neutralen Mächte mitzutheilen. — Das über General Romarino verhängte Todesurtheil ist vom Turiner Cassationshof für ungültig erklärt worden.

Wien, den 17. Mai. Der Erzherzog Reichsverweser hat den Grafen Stadion zur Bildung des neuen Kabinets aufgefordert, (?) aber wie vorauszusehen, hat dieser den Antrag abgelehnt. — Der ungarische Kriegsschauplatz bereitet sich in Ober-Ungarn vor. Die russischen Truppen sind an den Eingangspunkten Dukla, Altendorf, Jablunka und Jardorof aufgestellt; die Hauptabsicht der Insurgenten unter Görgey und Dembinsky scheint die Revolutionirung von Galizien zu sein, Mähren und Schlesien nicht zu gedenken.

Wien, 18. Mai. Von der untern Donau erfährt man, daß Temeswar und Pancsova, mithin das ganze Banat, in den Händen der Magyaren sich befinden. In Somogy (Zalaer Comitat) hat sich ein bereits 25,000 Mann starker Landsturm zusammengezogen, wovon die Hälfte mit Feuergewehren bewaffnet ist. Die Besatzungen von Marczaly, Kaposvar, Lad und Szigeth haben sich über die Drau zurückgezogen.

— Venedig hatte den Antrag gestellt, mit dem Ministerium zu unterhandeln. Feldmarschall Radetzky hat dies indeß ausgeschlagen. — Professor Gervinus ist hier angekommen.

— Reisende bringen die bestimmte Nachricht, daß sich Ofen auf Gnade und Ungnade ergeben habe. General Hentzi entleibte sich selbst, auch weil er bei Entlassung aus seiner früheren Gefangenschaft das Gelöbniß abgelegt, nie mehr gegen Ungarn zu kämpfen. Die den Ungarn in die Hände gefallene Beute besteht aus der Kriegskasse, 20,000 Gewehren, 10 Batterien und einem bedeutenden Pulvervorrath ꝛc. Die Besatzungsmannschaft, ungefähr 3000 Mann, ist nach Komorn gebracht. — Nach Raab brachten 8 Schleppschiffe und Remorqueurs den Ungarn Sukurs. — General Benedek, welcher der Uebermacht des Feindes bekanntlich bei Jablunka und Leutscham weichen mußte, hat einen kühnen Rückzug angetreten und sich mit der Brigade Vogel in Tyrnau vereinigt, nachdem er einen Marsch von 40 — 50 Meilen längs der Karpathenkette zurückgelegt hatte. — Alles, was Waffen trägt, steht im Felde, der nahenden Schlacht gewärtig. Kaum war die Kommunikation nach Szerdahely eröffnet, als die Kaufleute herbeiströmten und Waaren aufkauften. Inzwischen besetzten die Magyaren, die Offensive ergreifend, Szerdahely.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 17. Mai. National-Versammlung. Sitzung vom 16. Mai. An der Tagesordnung befinden sich mehrere Zusatz-Anträge zum Ausgabe-Budget, die meist angenommen werden. Artikel 1 des Einnahme-Budgets eröffnet dem Finanz-Minister einen Kredit von 1,572,569,000 Franken zur Bestreitung der durch das Ausgabe-Budget festgestellten Staatsdienst-Bedürfnisse. Wird angenommen. Mehrere Zusätze werden beantragt, namentlich von Corne rücksichtlich des Kanals von St. Quentin, von Mauguin rücksichtlich der Getränksteuer und von einem anderen Mitgliede rücksichtlich der Stempel-Abgaben bei Handels-Papieren. Alle diese Zusätze werden auf die weitere Debatte verschoben und die Sitzung um ¼ vor 6 Uhr geschlossen. Morgen, als am Himmelfahrtstage, keine Sitzung.

— Heute Nachmittag verlautete, daß in Paris von 367,000 Wählern 287,000 an den Wahlen theilgenommen. Der Wahlverein der Rue de Poitiers hofft 16 bis 18 seiner Kandidaten durchgebracht zu haben. Man glaubt, daß das Gesammt-Resultat der Wahlen des ganzen Landes eine sehr beträchtliche Majorität für die gemäßigte Richtung ergeben werde. Bis um 6 Uhr sollen 273,000 Stimmzettel in Paris eröffnet gewesen sein, und aus diesen ergiebt sich, wie berichtet wird, daß 24 Kandidaten der gemäßigten Partei unter dieser Zahl die meisten Stimmen hatten. Telegraphische Depeschen melden, daß im Centrum und Westen der Republik einige Raufereien bei den Wahlen stattfanden. In Chatellerault, Saint Amand u. s. w. hat das Militair von der scharfen Waffe Gebrauch machen müssen. An den meisten Orten aber ging, wie in Paris, der Wahlakt ruhig vorüber.

Italien.

Mestre, den 10. Mai. Am Saume eines Waldes, der sich von Mestre gegen Malghera hinzieht und die linke Flanke der feindlichen Festungswerke beinahe im Halbkreise umzieht, haben die Oesterreicher bereits 26 Geschütze, meistens 30- und 60pfündige Mörser aufgestellt die ihre Bomben mit vielem Geschick in das Fort hineinsenden. Manchmal fliegen die aus Pairhaus geschleuderten Bomben und Granaten bis in die Stadt, diese ist auch wenigstens auf der Seite, die dem Fort am nächsten liegt, ganz von den Bewohnern verlassen und öde. Außer den Soldaten, die in und um Mestre auf 30,000 Mann sich belaufen, ist fast niemand auf den Straßen zu sehen. Die Oesterreicher haben einen weit ärgern Feind an dem bösen Sumpffieber. Es sind davon seit dem Beginn der Belagerung bis jetzt mehrere tausend Mann aller Waffengattungen, darunter auch sehr viele Offiziere befallen worden. Und leider ist noch nicht viel gewonnen, viele Hunderte werden noch bei den Erdarbeiten, die nur zur Nachtzeit fortgesetzt werden können, und beim Sturm umkommen. Aber Venedig muß fallen, wenn Malghera fällt; von da aus beherrscht man alle Forts, und kann selbst die Stadt beschießen. Von der Seeseite ist Venedig durch die Flotille unter Dahlerup gut cernirt. Längs der Stadt sind die schönen Villen und die herrlichen Parks verödet und zeigen nur geringe Reste ihrer früheren Cultur und Schönheit. Einige derselben, besonders in der Nähe von Mestre, sind vom Militair besetzt. Vor Malghera werden 17 Oesterreichische Batterien, also 102 Geschütze aufgeführt, darunter 9 Pairhans, von welchen 4 bereits angelangt sind, die früher auf der Insel Nissa sich befanden.

Neapel, den 9. Mai. Vorgestern ist Delcarretto nun wirklich mit dem Dampfer „Ville de Marseille" hier angekommen. Eine Anzahl Offiziere hat sich sogleich zu ihm begeben, um mit ihm die Langweile der Quarantäne, die sieben Tage dauern soll, freiwillig zu theilen, und gestern sah man Offiziere der hiesigen Garnison in Menge vor der Quarantäne-Anstalt versammelt, um dem einst so gewaltigen und vielleicht bald wieder zur Macht gelangenden Mann ihre Aufwartung zu machen! Ueber die Französische Expedition nach Rom sind die hiesigen Franzosen gewaltig aufgebracht, und äußern laut ihre Entrüstung.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 11. Mai. Heute ist hier folgendes Kaiserliche Manifest erschienen: „Von Gottes Gnaden, Wir Nikolaus der Erste, Kaiser und Selbstherrscher aller Reussen u. s. w. Verkünden Jedermann: Durch das Manifest vom 26. März 1848 haben Wir Unseren getreuen Unterthanen von dem Unheil Kunde gegeben, welches das westliche Europa betroffen, und zugleich erklärt, daß Wir bereit seien, Unseren Feinden zu begegnen, wo sie Uns entgegentreten und selbst kein Opfer scheuend, im unverbrüchlichen Bunde mit Unserem heiligen Rußland, die Ehre des russischen Namens und die Unverletzlichkeit Unserer Gränzen zu schirmen. Die Unruhen und Empörungen im Westen haben seitdem nicht nachgelassen. Die verbrecherischen Vorspiegelungen, welche die leichtgläubige Menge mit dem trügerischen Hirngespinste eines glücklichen Zustandes verlocken, der niemals die Frucht der Eigenmächtigkeit und Selbsthülfe sein kann, haben sich auch nach dem Osten den Weg gebahnt, in die an Unsere Gränzen stoßenden, der türkischen Regierung unterworfenen Fürstenthümer Moldau und Wallachei. Nur die Anwesenheit Unserer Truppen hat im Verein mit dem türkischen die Ordnung daselbst wiederhergestellt und hält dieselbe aufrecht. Aber in Ungarn und Siebenbürgen haben die angestrengten Kräfte der österreichischen Regierung, welche noch von einem anderen Kriege — gegen äußere und innere Feinde — in Italien in Anspruch genommen werden, bis jetzt nicht des Aufstandes Herr werden können; im Gegentheil hat dort der Aufruhr, durch Banden unserer polnischen Verräther aus dem Jahre 1831 und anderer Zuläufer, Verwiesener, Flüchtlinge und Landstreicher verschiedener Nationen verstärkt, den bedrohlichsten Umfang gewonnen. Inmitten dieser unheilvollen Ereignisse hat der Kaiser von Oesterreich sich an Uns gewandt mit dem Wunsche, sich Unserer Mitwirkung gegen Unsere gemeinsamen Feinde zu versichern. Wir entziehen Uns derselben nicht. Nachdem wir den höchsten Lenker der Schlachten und den Herren der Siege um Hülfe zu dieser gerechten Sache angerufen, haben Wir Unseren verschiedenen Armeen befohlen, aufzubrechen zur Unterdrückung des Aufruhrs und zur Vernichtung der verwegenen Frevler, die sich erkühnen, die Ruhe auch Unserer Gebiete zu bedrohen. Ist Gott mit uns, wer wird wider uns sein! So — dessen sind wir gewiß — fühlt, vertraut und ruft in Unserem in Gottes Schutze stehenden Reiche jeder Russe, jeder Unserer treuen Unterthanen, und Rußland wird seinen heiligen Ruf erfüllen. Gegeben zu St. Petersburg, den 8. Mai, im Jahre der Geburt Christi dem eintausend acht hundert neun und vierzigsten, Unserer Regierung dem vier und zwanzigsten."

Warschau, den 18. Mai. Gestern Abend gegen 8 Uhr ist Se. Majestät der Kaiser von Rußland hier angekommen und im Palast Lazienki abgestiegen.

Türkei.

Konstantinopel, den 2. Mai. Die gesammte jetzt schon unter dem Gewehre befindliche Mannschaft der Türkei kann auf etwa 210,000 Mann veranschlagt werden. Wenn alle Redifs hier angekommen sein werden, dürften wohl 340,000 Mann herauskommen. In gewöhnlichen Zeiten schlägt man die Redifs auf 80,000 Mann an (20 Regimenter zu 4000 M., worunter 12 Infanterie, 6 Kavallerie und 2 Artillerie). — Die Conferenzen zwischen dem Russischen General Grabbe und dem Divan häufen sich, und es scheint am 28. April zu einem, wie man sagt, befriedigenden Resultate gediehen zu sein. Man erfährt jedoch nichts Genaueres darüber. Auf den Gesichtern Türkischer hoher Beamter malt sich doch einige Unzufriedenheit, wenn von Russen geredet wird, und der Französische Gesandte hat in aller Eile am 29. April Abends die Vedette, welche hier stationirte, mit einer Stafette an seine Regierung abgeschickt. — Die Türkische Flotte hat einen Zuwachs von zwei schönen Dampffregatten erhalten, jede von 450 Pferdekraft. Eine gute Uebung haben bie Türkischen Offiziere in den Dampfschifffahrtsverbindungen, welche regelmäßig mit verschiedenen Punkten des Reichs unterhalten werden. Jetzt eben ist ihnen auch eine Uebung im Verfolgen der kühnen Griechischen Seeräuber geboten worden, die mit einem ans Unglaubliche grenzenden Muthe mit ihren kleinen Fischerbarken die Küsten des südlichen Kleinasiens im Archipel und die dortige Schifffahrt gebrandschatzt haben; vom 22sten bis 23sten März hatten sie allein vier Gewaltstreiche ausgeübt. Zwei Dampfschiffe haben nun die Gewässer von Scalanova und den in der Nähe liegenden Inseln durchkreuzt und 3 Räuberbarken aufgebracht.

Locales ꝛc.

Posen, den 21. Mai. Bei den gestrigen Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung sind die Herren Moraczewski, Gąsiorowski, Matecki, Breslauer, Kaatz, Salomon Jaffé (Kaufmann), Altmann und Knorr mit Stimmenmehrheit zu Stadtverordneten erwählt worden.

Posen, den 21. Mai. Gestern hielt in den schönen Anlagen des nahegelegenen Annaberges der aus 1300 Mitgliedern bestehende Posen-Schrodaer-Schutzverein seine erste Sommerversammlung im Freien. Dieselbe war nicht wie gewöhnlich von vielen Hunderten besucht, da die drohende Witterung Viele abgehalten hatte zu erscheinen, doch erklärte sich die Versammlung den Statuten des Vereines gemäß für beschlußfähig.

Auf der Tagesordnung stand die Anerkennung der Reichsverfassung. Es wurde dazu ein Anschreiben des Hauptvereins der Deutschen Verbrüderung verlesen, durch welches die mit demselben verbundenen Vereine aufgefordert werden, die Debatte über diesen Gegenstand von den Berathungen des Vereins auszuschließen. Der anwesende Vorsitzende des genannten Hauptvereins motivirt diese Aufforderung dadurch, daß es Zweck der Deutschen Verbrüderung sei, die durch politische Ansichten in viele Fractionen getheilte Deutsche Bevölkerung in der Deutschen Verbrüderung und in den von derselben vertretenen nationalen Interessen verbunden zu erhalten, daß Einigkeit aller Deutschen in der Provinz Posen zur Zeit nicht weniger Noth thue, denn bisher, keine politische Frage aber so scharf gesonderte Fractionen gebildet habe, als die vorliegende; ihre Berathung also wohl in der Deutschen Verbrüderung zur Wahrung des Deutschthums in hiesiger Provinz zu vermeiden sei.

Die Versammlung ging darauf einstimmig in Bezug auf die Anerkennung der Reichsversammlung zur Tagesordnung über.

Von anderen wenigen bedeutenden Beschlüssen heben wir hervor, daß die Vertrauensmänner des Vereins beauftragt wurden, eine Commission zu bilden, welche eine Lotterie zum Ankauf und zur Verspielung von Schießwaffen und anderen zur Schutzwehr dienlichen Gegenständen unter den Vereinsmitgliedern in's Leben rufe.

Mit Anerkennung muß es ausgesprochen werden, daß die Versammlung auch von schlichten Landleuten besucht war, die der Verhandlung mit warmem Interesse folgten und ihre patriotische Gesinnung vielfach zu erkennen gaben. Die nächste Versammlung wurde auf den 10. Juli angesetzt.

Neustadt a. d. W., den 19. Mai. Der Tumult auf dem Jahrmarkt zu Schroda am 16. d. M. dauerte circa 4 Stunden, bis gegen 10 Uhr Abends. Hierbei wurden die Buden umgerissen und den armen Verkäufern ihr Geld und ihre Waare gewaltsam geraubt. Zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung befanden sich dort sechs Gensdarmen; was konnten aber diese gegen eine tobende Menge von circa 3000 Personen machen? Auch sind einige schwere Verwundungen vorgekommen.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Der patriotische Verein zu Bromberg hat in Verbindung mit 120 Urwählern der Stadt und 16 Dorfschaften folgende Adresse an das Königl. Staats-Ministerium erlassen:

Hohes Staats-Ministerium!

Die plötzliche Auflösung der zweiten Kammer ist eine That der Regierung, deren wahrer Werth im ersten Augenblicke vielfach verkannt werden mußte, da aus dem allgemeinen Schmerze über die neue Vereitelung der konstitutionellen Hoffnungen des Landes sich leicht eine Mißstimmung gegen das Ministerium entwickeln konnte, das sich gezwungen sah, zum Wohle des Staats der Thätigkeit unserer Volksvertretung ein plötzliches Ende zu setzen. So sind auch aus hiesiger Stadt mehrfach mißbilligende Ansichten laut geworden und haben in Volksversammlungen und Adressen sich ausgesprochen. Da diese öffentlichen Kundgebungen aber unserer Ueberzeugung nach keineswegs der Abdruck der gegenwärtig vorherrschenden Stimmung der Bewohner Brombergs sind, so fühlt sich der unterzeichnete Verein verpflichtet, ihnen gegenüber seinerseits Einem hohen Staats-Ministerium offen und laut den Dank auszusprechen für diese zweite große rettende That. Denn im Hinblick auf die furchtbare Verwirrung, die in unserem Nachbarlande Sachsen in Folge des Drängens der Frankfurter National-Versammlung auf unbedingte Annahme der Deutschen Verfassung eingetreten ist, und in der Erwägung, daß unsere zweite Kammer unzweifelhaft im Begriffe stand, wie alle übrigen Deutschen Kammern, ihre Sympathien mit

diesen Aufruhrversuchen auszusprechen; müssen wir dankbar die dem Uebel vorbeugende, wahrhaft staatmännische Weisheit Eines hohen Ministerii preisen, welche durch die Auflösung der zweiten Kammer uns vor den Schrecken eines Bürgerkriegs bewahrt hat.

Doch würden wir mit Bangigkeit in die Zukunft blicken, die uns ein neues Würfelspiel der Kopfzahlwahl und einen neuen Sieg der leicht verführbaren Massen bringen müßte, wenn wir nicht das feste Vertrauen hätten, daß die Regierung in ihrer Weisheit Mittel und Wege finden werde, die Ausübung des allgemeinen Wahlrechts so zu regeln, daß die gesunden Elemente im Volke nicht von irregeleiteten Massen erdrückt werden. Denn das Wohl des Volkes steht zu hoch, als daß es zu einer dritten gefährlichen Probe mit diesem bereis als ungenügend erkannten Wahlmodus aufs Spiel gesetzt werden dürfte. Darum knüpfen wir die dringende Bitte, davor unser Vaterland zu schützen, an unseren warmen Dank und an den Ausdruck unserer Freude darüber, daß gerade Sie, hochverehrte Herren, mit Herzen voll uneigennütziger selbstverleugnender Vaterlandsliebe und Händen voll Kraft die Zügel der Regierung des Preußischen Staats in schwerer Zeit zu führen haben.

Bromberg, den 9. Mai 1849.

Der patriotische Verein.

Antwort auf das Inserat in Nr. 115.

Herr Kommerzien-Rath! lassen Sie sich durch alle Titulaturen und Orden nicht irre machen, denn bekanntlich „ist Ruhe die erste Bürgerpflicht." — Sie haben diese Bürgerruhe oft geübt und am **stärksten** im März v. J., wo Sie als Abgeordneter der Posener Bürger mit dem Mandat abgingen und in Berlin es erledigten:

„Magistrat und Stadtverordnete der Stadt Posen sind darüber einverstanden, daß das Großherzogthum Posen **nicht länger** der Preußischen Krone zu erhalten sei."

Und deßhalb Herr Kommerzienrath behalten Sie Ihre **bekannte Ruhe**.

Es hat sich Jemand die Mühe gegeben, in Nro. 115. d. Z. in sophistischer Weise die Behauptung der Staats-Regierung zu widerlegen,

„daß die Frankfurter National-Versammlung feindselig gegen Preußen aufgetreten sei und mit Preußen gebrochen habe."

Er giebt indeß zu, daß diese Versammlung die Preußische Staats-Regierung des Reichsfriedensbruchs beschuldigt, will indeß die Beziehung dieser Beschuldigung auf Preußen damit beseitigen, daß er „sich feierlichst gegen die Annahme verwahrt, daß Preußen und seine jetzige Regirung identisch seien."

Freilich ist ein Land und seine Regierung nicht schlechthin ein und dasselbe (identisch). — Diesen trivialen Satz wird niemand bestreiten, aber jeder auch den Trugschluß, der darauf gegründet wird, erkennen. Preußen ist kein Gedankending, kein Phantasiegebilde — es ist ein lebendiges Volk, gewurzelt auf einen in der Geschichte gestalteten bestimmten Boden in der innigsten, untrennbaren Einheit mit seiner verfassungsmäßigen Regierung — mit seinem Könige, als dem Träger der ausübenden Gewalt. So bildet es ein organisches Ganzes, dessen Lebensbewegungen ebenso durch die Staats-Regierung bestimmt werden, wie diese das einzige rechtmäßige Organ ist, welches nach Außen hin das Volk vertritt. Die Regierung eines Landes des Reichsfriedensbruchs anklagen, heißt also nichts anderes, als das Land selbst dessen anklagen, und da dies die Frankfurter Versammlung gegen die Preußische Staats-Regierung gethan, so hat sie mit Preußen gebrochen. Ein ungerechteres Urtheil, das zugleich lächerlicher wäre, ist wohl nie gefällt worden. Denn bekanntlich bezog sich diese Beschuldigung darauf,

daß Preußen bei dem Aufruhr in Dresden und dem Hülferuf der sächsischen Regierung nicht nach dem alten Reichskammergerichts-Zopf auf das gnädigste Ersuchungsschreiben von Frankfurt aus gewartet, sondern im Geiste Friedrichs des Großen ohne viel Federlesens der sogenannten „deutschen Freiheit" ein Ende gemacht, womit der Russe Bakunin und sein Anhang in blutrother Weise das sächsische Volk wider seinen Willen beglücken wollte.

Wirklich bei solcher Lage der Dinge wird man unwillkührlich gedrungen, in das Wort einzustimmen: „Wüßten wir nicht, daß dieser Beschluß von der National-Versammlung gefaßt sei, wir müßten annehmen, er sei in einem Narrenhause gefaßt worden."

Wir begreifen daher nicht, wie Preußische Deputirte, die den geschichtlichen Beruf Preußens erkennen, an der Spitze von Deutschland zu stehen, nach diesem Bruch jener Versammlung mit unserm König, statt zu diesem zu stehen und seinem Rufe zu folgen, noch gemeinschaftliche Sache mit einer Versammlung machen, die nach den letzten Beschlüssen immer mehr die Gestalt eines Convents angenommen, in welchem — wenn er die Macht so wie den Willen hätte — nothwendig das Recht alles Königthums in Deutschland sein Grab finden muß.

Berliner Börse.

Den 19. Mai 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	102	101½
Staats-Schuldscheine	3½	79½	79
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	99¾
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	98¾	98¼
Westpreussische Pfandbriefe	3½	85½	—
Grossh. Posener „	4	—	96¾
„ „	3½	—	79 7/12
Ostpreussische „	3½	—	—
Pommersche „	3½	93½	92⅝
Kur- u. Neumärk. „	3½	93⅜	92⅞
Schlesische „	3½	—	—
„ v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	87	86
Friedrichsd'or	—	13⅔	13⅙
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13¼	12¾
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	76
„ Prioritäts-	4	87	—
Berlin-Hamburger	4	—	53¾
„ Prioritäts-	4½	91½	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	50¾
„ „ Prior. A. B.	4	—	82¼
„ „	5	—	92½
Berlin-Stettiner	4	—	85¾
Cöln-Mindener	3½	—	76
„ Prioritäts-	4½	92	92
Magdeburg-Halberstädter	4	—	113
Niederschles.-Märkische	3½	—	70½
„ Prioritäts-	4	85½	—
„ „	5	—	98
„ „ III. Serie	5	—	92½
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	91	91¾
„ „ B.	3½	—	91¾
Rheinische	—	—	—
„ Stamm-Prioritäts-	4	—	—¾
„ Prioritäts-	4	—	—¾
„ „ v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	49¼	48¾
Stargard-Posener	3½	—	70¾

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

Mitbürger!

Die Posenschen Landwehren deutscher und polnischer Nationalität haben im muthigen Kampfe gegen die Dänen ehrenvoll gesiegt. Die Zahl der Getödteten und Schwerverwundeten ist nicht gering, und verliert so manche Mutter den Vater und Versorger ihrer verwaisten Kinder.

Es gilt, Mitbürger, die Tapferkeit ehren in der Sorge für Weib und Kind der Tapferen; und wie die Nationalität uns nicht scheiden wird in unserer Herzenstheilnahme, so darf sie uns auch nicht scheiden in freudigem Helfen und Geben. Wo sichs um Anerkennung der Tapferkeit und um Bewährung der Menschenliebe handelt, da sind wir alle gleich, da lasset uns im edelsten Wetteifer es Einer dem Andern zuvor thun.

Beiträge nehmen die Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp., sowie die Unterzeichneten dankbar an. Wir werden für zweckmäßige Verwendung jener treu und gewissenhaft Sorge tragen und später darüber öffentlich Rechnung ablegen.

Posen, den 20. Mai 1849.

v. Helldorf, Oberst u. 2ter Kommandant. — Krieg, Zeug-Lieutenant.
Riese, Mil.-Ob.-Pred. — Bork, Divis.-Prediger.

Für den gedachten Zweck sind eingegangen: 1) vom General-Lieutenant v. Steinäcker 10 Rthlr., 2) aus dem Rest einer frühern Gabe der Stadt Posen für die Landwehr 1 Rthlr. 26 Sgr., 3) von N. und B. 2 Rthlr.

Die Qualifikation zu Kreis-Thierarzt-Stellen betreffend.

Thierärzte erster Klasse, welche Kreisthierärzte werden wollen, müssen ihre besondere Qualification hierzu durch ein Fähigkeitszeugniß nachweisen. Ein solches wird ihnen von dem Königlichen Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ausgefertigt, wenn sie durch Einsendung einer mit Fleiß und Gründlichkeit ausgearbeiteten Krankengeschichte, oder einer wissenschaftlichen Ausarbeitung über irgend einen Gegenstand aus der Thierheilkunde überhaupt, sowohl von ihrem unausgesetzten Bestreben, einen höheren Grad wissenschaftlicher Ausbildung in ihrem Fache zu erlangen, als auch von der erworbenen Gewandheit in Behandlung wissenschaftlicher Aufgaben, namentlich solcher, welche in das Gebiet der gerichtlichen oder polizeilichen Veterinärkunde gehören, einen genügenden Beweis abgelegt haben.

Wir bringen diese schon längst bestehende Bestimmung in Folge Ministerial-Rescripts vom 5ten d. Mts. mit dem Hinzufügen zur Kenntniß der Thierärzte erster Klasse:

daß es den Kandidaten zu der Kreisthierärztlichen Prüfung auch unbenommen ist, für die zu liefernden Probearbeiten sich Themata von dem genannten Königlichen Ministerium zu erbitten.

Posen, den 15. Mai 1849.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nothwendiger Verkauf.
Land- u. Stadtgericht zu Schneidemühl.

Das zum Nachlaß des verstorbenen Ernst Wilhelm Krüger gehörige, bei Uść belegene Freigut Malinchen, gerichtlich abgeschätzt auf 10,682 Rthlr. 21 Sgr. 8 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Taxe, soll im Termin

am 26sten September 1849 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle Theilungshalber subhastirt werden.

Am 31sten Mai d. J. Vormittags um 10 Uhr soll in unserm Packhofskeller unter dem Königl. Regierungs-Gebäude ein Faß Rothwein an den Meistbietenden verkauft werden.

Posen, den 18. Mai 1849.

Königl. Haupt-Steueramt.

So beschränkt auch unsere Mittel bei der verminderten Theilnahme des Publikums für den Verein sind, so haben wir dennoch die bedeutenden Kosten nicht gescheut, welche die Wiederherstellung unserer in vorigen Jahren sehr beschädigten, ja theilweise fast zerstörten Anlagen verursachte. Wir bitten jedoch das Publikum dringend, diese Anlagen mehr wie bisher zu schonen, indem eine nochmalige Erneuerung derselben unsere Kräfte übersteigen würde, wenn nicht neue Mitglieder in erheblicher Zahl dem Vereine beitreten. Daß dies geschehe, dazu fordern wir hiermit auf, und bemerken, daß Anmeldungen auch zu den kleinsten monatlichen Beiträgen, so wie Zahlungen einzelner Beträge, ohne Verpflichtung für die Zukunft, bei dem Stadtrath und Medizinal-Assessor Herrn Apotheker Dähne angenommen werden.

Schließlich machen wir auf die polizeiliche Bekanntmachung vom 11ten d. Mts. aufmerksam, nach welcher Beschädigungen unserer Anlagen mit 10 Sgr. bis 2 Rthlr. Geld- oder verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe geahndet werden sollen.

Posen, den 18. April 1849.

Das Direktorium des Posener Verschönerungs-Vereins.

Thermometer- u. Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 13. bis 19. Mai.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
13 Mai	+ 1,0°	+ 13,5°	27 Z. 1,02.	NW.
14. „	÷ 4,0°	+ 14,0°	27 „ 9,4 „	O.
15. „	+ 4,0°	+ 13,3°	27 „ 6,0 „	SO.
16. „	+ 8,2°	+ 15,0°	27 „ 7,8 „	SO.
17. „	+ 11,0°	+ 17,0°	28 „ 1,3 „	SO.
18. „	+ 8,3°	+ 14,2°	27 „ 10,4 „	SO.
19. „	+ 8,0°	+ 15,3°	27 „ 7,8 „	SO.